

Aus der Chamber:

Quer durch den Gemüsegarten vor Torschluß

Auf der nächsten Weltausstellung 2010 in Shanghai wird Luxemburg mit einem eigenen Pavillon von 3.000 m² Fläche aus Stahl, Holz und Glas als Burg mit viel Grün vertreten sein. Bis zu 70 Mio. erwartete Besucher sind eine gute Gelegenheit der Welt zu zeigen, daß es uns gibt, so Berichterstatter Clement (CSV).

Als exportorientiertes Land sollen Beziehungen zur schnell wachsenden chinesischen Wirtschaft geknüpft werden. Es soll auch versucht werden, mehr als die bisherigen jährlich 100.000 Touristen aus China nach Luxemburg anzuziehen.

Der Staat zahlt den Bau, ArcelorMittal liefert den Stahl, die Cargolux kümmert sich um den Transport, SES und die Handelskammer beteiligen sich an den Funktionskosten. Gehofft wird, daß auch Betriebe aus der Gastronomie mitmachen. 8,92 Mio. € werden von der Chamber bewilligt, die Baugenehmigung in China ist schon erteilt.

Marcel Oberweis (CSV) schlägt vor, den Ausstellungsinhalt später im Schloß Schindels unterzubringen, ganz besonders, was jene Teile anlangt, die von der Umwelt erzählt werden. Fernand Etgen (DP) freut sich, daß ein Unsicherheitsfaktor von 20% in die Kosten einberechnet ist. Er fragt sich, ob EU-Abgeordneter Goebels in der Lage ist, die Einhaltung der Rechte der Arbeiter am Bau zu überwachen. Roland Schreiner (LS-AP) freut sich im Sinne der Nachhaltigkeit, daß vor Ort gebaut wird. Robert Mehlen (adr) sieht trotz aller Zweifel ein positives Signal und eine gute Werbemöglichkeit. Die Abstimmung bringt 60 Ja.

»Austausch von Informationen«

Bessere Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen und Justiz soll die Steuerhinterziehung erfolgreicher bekämpfen durch Informationsaustausch

und Einsichtsmöglichkeit in fremde Datenbanken. Die »actions coup de poing« auf Baustellen erhalten dadurch erst die legale Basis: die Verwaltungen erhalten Zutritt zu Betriebsgebäuden. Steuerkarten werden künftig von der Steuerverwaltung und nicht mehr von den Gemeinden ausgestellt.

Ben Fayot (LSAP) wie Fernand Etgen (DP) erinnern an den beinahe vorsintflutlichen Krecké-Bericht, in dem die Fusion der beiden Steuerverwaltungen neben dem Informationsaustausch empfohlen wurde: es ist zu bedauern, daß das so lange gedauert hat, um wenigstens den zweiten Punkt zu verwirklichen. Es finden sich 60 Ja fürs Gesetz.

Weltwährungsfonds

Es werden Statutenänderungen akzeptiert, wobei Luxemburg von 0,131 auf 0,176% steigt. In der Internationalen Entwicklungsagentur werden die Mittel aufgestockt: Luxemburg zahlt 40,27 Mio. € ein und hält damit 0,19%. Es finden sich 60 Ja dafür.

Mazedonien und Montenegro

Es fragt sich, ob die Namensbezeichnung »Mazedonien« nicht zu Protesten der griechischen Regierung führt. Es handelt sich jedenfalls um die üblichen bilateralen Vereinbarungen in Sachen soziale Sicherheit mit den beiden Nachfolgerepubliken, in Ersatz der ursprünglichen Konvention von 1954, nachdem jenes Jugoslawien verloren ging, mit dem die ursprüngliche Konvention abgeschlossen war. Es finden sich ohne Debattenbeitrag für Mazedonien 58 einstimmige Ja, für Montenegro gar 60 Ja.

Pension & Renten

Die Pensionen und Unfallrenten werden mit eigenen Gesetz ans 2007 erreichte Niveau der Löhne und Gehälter um 2% ab 1.1.2009 angepaßt: dazu ist die Regierung alle zwei Jahre verpflichtet. Ko-

stenpunkt 2009: 51,7 Mio.

In einem zweiten Gesetz werden die legalen Pensionsregime angepaßt und koordiniert. In die Gesamtarchitektur wird der Pensionsfonds der Zentralbank integriert und Wechsel zwischen einzelnen Kassen durch Mitnahme von Rechten geregelt. Dies geschieht auch für Leute in internationalen Institutionen und beim Generalsekretariat der Benelux. Etabliert wird das Prinzip der Zuständigkeit der letzten Pensionskasse für alle.

Es kommt zu einem Streitgespräch zwischen Felix Braz (Gréng), der auf die Dringlichkeit von Systemänderung besteht, und Minister Di Bartolomeo, der Wert darauf legt, daß die Pensionskassen heute besser da stehen als zu jener Zeit, als am Rententisch Aufbesserungen beschlossen wurden. Braz beharrt darauf, die Kassen stünden gut, weil ein Drittel der Einnahmen fiskalisiert sind. Di Bartolomeo wirft Braz vor, er wolle die Renten abbauen, dieser meint, er wolle ein Umlageverfahren, das auch von künftigen Generationen akzeptiert werde: Premier Juncker spreche von einem »Verbrechen gegen unsere Kinder«.

Aly Jaerling ist traurig über die armselige Litanei, was zu tun sei, um die Renten abzusichern, als müßten wir in dieser Situation auch noch den Rentnern Angst machen mit dem Predigen von Defaitismus. Braz wendet ein, die Grünen seien sehr wohl für die Beibehaltung des Beitragsdrittels des Staates.

Gaston Gibéryen (adr) will wohl ein Auge auf die Reserven der Pensionskassen geworfen sehen, betont aber auch, daß die Reserven heute höher als jemals zuvor sind: aktuell das 3,5-fache der Jahresausgaben. Die Realität habe bewiesen, daß nicht weiterzukommen ist mit dem Rentensplitting: daher sollte die Individualisierung der Karriere angestrebt werden, was

die Versicherung der Hausfrauen nötig macht.

Mars Di Bartolomeo erklärt als Sozialminister, für die pünktliche Auszahlung der Erhöhung zum 1.1.2009 sei gesorgt. Es sei ein Erfolg für die Legislaturperiode, daß das Rentensystem am Ende besser dran ist als am Anfang – und besser als zur Zeit des Rententischs 2002, wo ein Plus von 10% bei den Ausgaben beschlossen wurde: dort waren die Reserven das 3-fache, heute sind sie das 3,6-fache der Jahresausgaben. Im Siebenjahresrhythmus wird der Zustand der Kassen kontrolliert, zuletzt war das 2005: es darf nicht auf im Ausland gescheiterte Experimente zurückgegriffen werden, wo es Reserven nur für ein paar Tage gibt. Gut ist jedenfalls, daß niemand eine Beitragssenkung in der heutigen Lage fordert. Für negative Maßnahmen gibt es keinen Grund.

Beide Projekte werden mit 60 Ja Gesetz.

Abänderung des Wahlgesetzes

Vorrangig geht es ums erneute Aufmachen der Wahllisten vor den EU-Wahlen 2009, damit sich Nicht-Luxemburger noch darauf einschreiben können: die Frist wird auf den 13. Freitag vorm Wahltag festgelegt (statt vorher 14 Monate), und das gilt künftig auch für Gemeindewahlen, wo vorher 18 Monate davor Schluß war. Für die Teilnahme an EU-Wahlen in Luxemburg reicht künftig eine Anwesenheit von 2 Jahren im Land (statt zuvor 5, die bei Gemeindewahlen bleibt). Dazu ist eine Kampagne der Familienministerin über 100.000 € in Vorbereitung. Festgehalten wird auch, daß wer Luxemburger wird, sofort eingeschrieben wird in die Wahllisten.

Jeder Bürger hat ein Recht auf Einsicht in die Wahllisten und ein Recht auf eine Kopie. Parteien haben dieses Recht auch. Die Daten dürfen jedoch nur im Rahmen der

Wahlen und nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Die Verwaltungs- und nicht mehr die Friedensgerichte sind künftig bei Einsprüchen zuständig.

Die Einberufungsschreiben zur Wahl sind nicht mehr gegenzuzeichnen, im Wahl-

büro reicht die Vorlage der Identitätskarte. Ein zentrales Wahlbüro zur Zentralisierung und Veröffentlichung der Ergebnisse wie OECD-Wahlbeobachter kriegen eine gesetzliche Basis. Diesmal nicht mit geregelt wurden entgegen ursprünglicher Absichten der

Regierung Unvereinbarkeiten gewisser Staatsbeamtenfunktionen mit Gemeindemandaten.

Trotz mancher Kritik der Opposition finden sich 53 Ja-Stimmen bei 7 Gegenstimmen.

jmj